

**Bericht über die 41. Jahrestagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für  
Stadtgeschichtsforschung  
„Kleinstädte in der Moderne“, Mühlacker, 15.-17. November 2002**

Bernd Roeck (Zürich) eröffnete die 41. Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am Abend des 15. November. Eine Einführung in das diesjährige Tagungsthema „Kleinstädte in der Moderne“ gab im Anschluss daran Clemens Zimmermann (Saarbrücken). Dabei standen zunächst folgenreiche literarische Kleinstadtbilder zur Debatte, die geprägt waren von Philistern und Provinzialismus, Konformismus und Öde, doch finden sich – aus einer gegenläufigen Perspektive – auch positive, vielfach wehmütige Zuschreibungen als überschaubarer, humaner Ort und „Heimat“. Verschiedene Definitionskriterien und ein kritischer Aufriss der Kleinstadt-Historiographie leiteten über zu Fragestellungen nach Verlauf und Ursache unterschiedlichster Kleinstadtentwicklungen und nach Wahrnehmungsebenen sowohl in Hinblick auf adäquates Quellenmaterial als auch zu behandelnde Gesellschaftsgruppen. Einer Revision bedarf vor allem die Einschätzung der vielfach bloß als nachholend und adaptiv bewerteten Kleinstadtgeschichte. Als wichtig erachtet wurde auch die Sicht auf die Beziehungen zum ländlichen Umfeld, die politische Kultur der Kleinstadt und Auswirkungen diverser Modernisierungsschübe.

Nach einem Empfang der Tagungsteilnehmer/innen durch die gastgebende Stadt im Foyer des Mühlehofs präsentierte Marlis Lippik (Mühlacker) in ihrem öffentlichen Abendvortrag „Mühlacker in der modernen Stadtgeschichte“, die streng genommen erst 1930 mit der förmlichen Verleihung der Stadtrechte beginnt – ein entsprechender Antrag wurde aus Anlass der geplanten Errichtung von zwei Sendertürmen gestellt. Als ein weiterer zentraler Aspekt galt der Anschluss an die Eisenbahn im Jahr 1853, die Anfang des 20. Jahrhunderts eine große Rolle für Industrieansiedlungen spielte. Als gleichermaßen wirtschaftlich wie sozial und kulturell engagiert tat sich in dieser Zeit der aus Pforzheim stammende Schmuckfabrikant Alfred Emrich hervor. Auf Ausführungen zu Charakteristika der Stadt und ihren zentralen Einrichtungen folgten Einblicke in das kulturelle Leben der Stadt; dazu zählen Initiativen wie der Verschönerungsverein (1892 gegr.) und die Naturwissenschaftliche Gesellschaft (gegr. 1913) sowie die Errichtung der Festhalle „Umlandbau“ (1921). Darin seien – so die Referentin – nicht minder innovative und zukunftsweisende Komponenten für eine Stärkung der Position der Stadt im Umland zu sehen.

Die erste Vormittagssektion eröffnete Stefan Brakensiek (Bielefeld) mit seinem Beitrag „Stagnation? Die kleinstädtische Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert“ anhand von sechs kurhessischen und westfälischen Beispielen. Vor dem Hintergrund eines allgegenwärtigen Krisenbewusstseins und eines Strukturwandels, der dort, wo es nicht gelang, neue Gewerbe anzusiedeln, zu Pauperismus und Abwanderung führte, andernorts dagegen zu einseitigen wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen, stellt sich die Frage nach Maßstäben von Urbanität. Diese ließen sich nicht allein über die Infrastruktur und zentralörtliche Funktionen bestimmen, sie seien darüber hinaus über städtische Identität und politische Klimate zu fassen. Die ausgewählten kleinen Städte Eschwege, Homberg, Grebenstein, Lemgo, Warendorf und Bünde wurden entlang einer Reihe von strukturellen Kriterien dargestellt mit dem Befund, dass sie vor allem unter historischen und ökonomischen Gesichtspunkten verschiedene Typen repräsentieren. Als entscheidende Faktoren für Dynamik – Bünde war ein entsprechendes Beispiel – firmieren die individuelle Chancenverwertung und das regionale Umfeld, das seinerseits von staatlichen Rahmenbedingungen und der Intensität

des gewerblichen Klimas bestimmt war. Infrastrukturelle Faktoren konnten von einer solchen Basis aus begünstigend oder ver hindernd wirken.

Peter Franke (Berlin) stellte die Frage: „Warum gab es in Ostelbien keinen Gemeindeliberalismus?“ und setzte sich in diesem Zusammenhang mit „Inhalt und Funktion von Kommunalpolitik in Kleinstädten der Provinz Brandenburg im 19. Jahrhundert“ auseinander. Eingangs wurde die Spezifik der preußischen kommunalen Selbstverwaltung aufgerollt, die im Unterschied zum süddeutschen Raum als „Staatsverwaltung nach Maßgabe der Gesetze“ definiert war. Im Zentrum der weiteren Ausführungen standen dann Fragen der Partizipation auf Basis ständischer Vorstellungen von Gleichheit, Gemeinwohl und Gemeinwohl, exemplifiziert anhand von Beispielen der einerseits in diesem Rahmen akzeptierten individuellen Vorteilskalküle und der andererseits quasi erzwungenen Partizipation – Übernahme von Ämtern etwa – und mehr oder weniger erfolgreich einsetzbarer Gegenargumente. Politisches Engagement im Sinne eines Gemeindeliberalismus wird hier in seiner Dimension ein Stück weit zurückgenommen, dessen Orts-, Situations- und Personengebundenheit wird unterstrichen.

Der Vortrag von Hans Heiss (Bozen) „Bürgertum und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich“ das mit Cisleithanien im 19. Jahrhundert die österreichisch Reichshälfte der Habsburgermonarchie im Blick hatte, wurde aufgrund der krankheitsbedingten Absage des Referenten verlesen. Ausgehend von einigen Grundüberlegungen zur österreichischen Städtelandschaft wurde zunächst auf die Implikationen der gesetzlichen Grundlagen im Vor- und Frühkonstitutionalismus auf die Aktionsräume bürgerlichen Einflusses, der bis 1860 vor allem im Bereich der Städtetechnik lag, verwiesen. Die raumgreifende Bahnvernetzung sowie das Dreiklassenwahlrecht, das die bürgerliche Herrschaft in den Gemeinden förderte, konstituierten in der Folgezeit raum- und gesellschaftsprägende Faktoren in Richtung liberaler Fortschrittsideen, welche dichte, um Leitfiguren gruppierte soziale Milieus mit klientelaren Strukturen und Herrschaftsformen und nicht zuletzt ein reich differenziertes Vereinswesen entstehen ließen. Diese „altliberale“ und im Prinzip exklusive Oligarchie geriet ab 1880 zusehends unter Druck, der politische Massenmarkt und neue Politikstile veränderten nach und nach auch die Konfigurationen in den Kleinstädten. Das Wiener Beispiel der Jahrhundertwende machte Schule, die Personalisierung der Kommunalpolitik über eine Symbolfigur, der machtvolle Kommunalismus, eine dynamische Versorgungs- und Identifikationspolitik strahlten auch in die Kleinstädte aus. Anschließend Wortmeldungen hoben die unerwartete Parallelisierung zu Preußen hervor, und zwar in Hinblick auf die hier vorgenommene Periodisierung der Politikmodelle sowie die Wichtigkeit der Ausdehnung der Perspektive auf die Öffentlichkeitsentwicklung von der parlamentarischen auf die kommunale Ebene mit ihren jeweiligen Bezugnahmen für das Tagungsthema insgesamt.

Am Nachmittag stand in Sektion II als erstes ein Vergleich norddeutscher Beispiele mit Süddeutschland für die Zeit von 1871 bis 1914 auf dem Programm: Oliver Barghorn-Schmidt (Hamburg) zeichnete darin Prozesse der Professionalisierung und Bürokratisierung „auf dem Wege zur modernen Kleinstadtverwaltung“ nach, die entgegen vielfach geäußelter Auffassung nicht nur in Groß- und Mittelstädten beschränkt wurden. Die im untersuchten Zeitraum sich kaum verändernde Zusammensetzung der kommunalen Repräsentanten und deren z. T. außerordentlich lange Dienstzeiten sowie die quantitative Ausstattung und die bürokratische Infrastruktur in den verschiedenen Verwaltungsebenen bestimmten die Blickrichtung des Referenten auf die kleinstädtische Innenwelt. Der Einsatz von Aufsichtsbehörden – die von relativ großer Nachsicht getragen war – sowie eine rege Kommunikation zwischen Gemeinden zum Zweck der Informationsbeschaffung bzw. in Form

von Delegationen zeigten Außenbezüge auf. In der Diskussion wurde die Frage nach Widerständen und möglichen Frontstellungen gegenüber der Modernisierung der Stadtverwaltung, dann ausgehend vom österreichischen Beispiel, Fragen nach dem Grad der parteipolitischen Orientierung und davon abhängig nach etwaigen Konflikten zwischen divergierenden Politikverständnissen, nach neuen Wählerschichten und deren Ansprüchen aufgeworfen. Weiter stand zur Debatte, ob die im Zuge der Professionalisierung auftretende Konkurrenz zwischen den Städten die Kleinstadt vielleicht zum Sprungbrett für Politikkarrieren in größeren Kommunen gemacht hat.

Hartmut Zoche (Waldkirch) führte in seinem Beitrag „Die enteignete Kleinstadt. Der Abbau von Verwaltungskompetenzen und die Reaktion der Bevölkerungen“ drei Badener Beispiele (Kenzingen, Ettenheim und Waldkirch) in der Zeit zwischen 1870 und 1936 aus, in der diese Kleinstädte ihre Mittelpunktfunktion als Amtssitze verloren. Mangelnde unternehmerische Tatkraft und Risikobereitschaft im Ausbau von Standortfaktoren ortet der Referent für zwei der untersuchten Kleinstädte bereits im Vorfeld dieser Ereignisse. Eine resignative Haltung und wenig nachdrückliches Vertreten der eigenen Interessen in der konkreten Verlustsituation lieferten dem Referenten weitere Erklärungen. Nachfragen richteten sich auf mögliche Hinweise auf eine Mobilisierung gegen Karlsruhe, auf die Ausdünnung der kommunalen Trägerschicht, auf einen eventuell politisch motivierten Statusverlust und auf die Reaktionen nach den Misserfolgen der an den Landtag adressierten Petitionen.

Ebenfalls auf eine übergeordnete Ebene, die des Staates, begab sich Christian Groh (Pforzheim), der „Kulturpolitik in Kleinstädten der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis in die achtziger Jahre“ thematisierte. Er spannte dabei einen Bogen entlang verschiedener Kulturkonzepte ausgehend von einem von den Nachkriegsbedingungen geprägten Kulturbegriff, der auf Flucht und Zerstreung einerseits und auf Bewahrung (lokale Museen) sowie auf Erwachsenenbildung („re-education“) andererseits ausgerichtet war, hin zu einem sukzessive umfassender werdenden Kulturbegriff. Diesen kennzeichnet ebenso ein erweiterter Adressatenkreis wie die Gleichzeitigkeit unterschiedlichster Sparten unter Einschluss zeitgenössischer Kunst und Kulturformen. Die Rolle von Kultur als sogenannter weicher Standortfaktor sowie Fragen der Professionalisierung, Umsetzung und Orientierung von Kulturpolitik vor Ort wurden dabei an kleinstadtspezifische Umstände und unterschiedliche Stadtprofile rückgebunden. Diskussionspunkte konstituierten der legitimierende Charakter der kulturpolitischen Programmatik der Nachkriegszeit im Sinne einer möglicherweise – damals schon oder erst ab den 1970er Jahren? – karrierefördernden Rhetorik und die Besetzungspolitik im Kultursektor. Auf die spezifische Situation der Kleinstädte bezogen sich Fragen nach der Koordinierung von Kulturprojekten und der Konkurrenz bzw. des Zusammenschlusses zwischen Städten als Strategie, der Kulturdichte aus der Sicht des Städtetages und dessen Umgang mit der Konkurrenz durchs Fernsehen. Thematisiert wurden auch die notwendige Differenzierung zwischen Hoch-, Stadt-, Sozialkultur etc. und die Differenzierung nach der politischen Ausrichtung der jeweiligen Städte sowie die Rolle der Kirche.

Am dritten und letzten Tagungstag setzte Christian Haller (Saarbrücken), der kurzfristig als Ersatzreferent für Johann Jessen (Stuttgart) einspringen konnte, das Programm fort. Er legte „Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess“ anhand der Kategorie der „Zwischenstadt“ für die Zeit ab 1960 dar. Im Einzelnen ging er dabei vor dem Hintergrund der verkehrstechnischen Voraussetzungen und Preisgefälle zwischen Kernstadt und Umland auf Nutzungskonflikte und die Bauleitpolitik als Hintergrund der hier stattfindenden Veränderungen ein. Nahverdichtung ist vielfach mit negativen Bewertungen und Bildern

belegt – nicht zuletzt im Kontext eines klassisch auf die Stadt und das Stadtwachstum zentrierten Fokus. Das Konzept der „Zwischenstadt“ als polyzentrisches Gesamtgebilde mit jeweils eigener Bedeutung soll dem entgegenwirken und unter anderem den Begriffswandel von „Zentrum“ und „Peripherie“ dokumentieren, insofern als im Zuge des thematisierten Prozesses auch die Peripherie zunehmend zu einem funktional differenzierten Bereich wird. Was die auch in Kleinstädten feststellbaren Suburbanisierungstendenzen betrifft, wird den kommunalen Repräsentanten eine maßgebliche Rolle für positive Steuerungsmöglichkeiten zugeschrieben. In der Diskussion angesprochen wurden Schwierigkeiten bei der Einbeziehung von Kleinstädten in diese Perspektive, ohne nach der Bedeutung der spezifischen kleinstädtischen Wohnsituation und damit verbundenen Qualitätszuschreibungen (Verbindung von Verdichtung und Grünlage), möglichen Gegenkonzepten und gegenläufigen Bewegungen (z.B. Rückwanderungen in die Kernstadt) sowie Bewusstseinslagen der KleinstädterInnen zu fragen. Kontroversen löste auch das Modell der „Zwischenstadt“ aus.

Christine Hannemann (Berlin) stellte in ihrem Vortrag „Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung (1960-2000)“ Ergebnisse eines methodisch sehr elaborierten Forschungsprojektes dar. Vier Kleinstädte (definiert nach Einwohnerzahl, Grundriss, städtischer Bebauung, und zentralörtlichen Funktionen) der Kategorie Typ 4 „ohne Perspektive“ wurden im Vortrag näher behandelt. Durchgeführte Befragungen ergänzten die erhobenen und ausgewerteten Informationen zu (Vor-)Geschichte, DDR-Prägung, Ökonomie und Stadtprofil auf dem Weg der Marginalisierung. Trotz Abwanderung, Funktionsverlusten und Der Ökonomisierung gelten diese Kleinstädte – wenn man die Perspektive auf die Dagebliebenen lenkt – als Orte der Risikominimierung in unsicheren Zeiten und weisen eine hohe soziale Bindungskraft auf, gestützt auf organisierte und informelle Netze, aber auch auf Identifikationen. In der anschließenden Diskussion galten die Fragen der Klassifizierung der Abwanderung als definitiv oder lebenszyklisch mit späterer Rückkehr, den Motiven für eine Rückwanderung, der Gewichtung der historischen Entwicklung, der Rolle der lokalen Interessensgruppen für herrschende Meinungsbilder, der Abwanderung als allgemeinem Phänomen, das auch und gerade große Städte in den Neuen Bundesländern betrifft.

Ein „Resümee und Thesen zum Thema aus historisch-kulturwissenschaftlicher Sicht“ von Margareth Lanzinger (Wien) strukturierte die auf der Tagung angesprochenen Themenfelder und Perspektiven abschließend und hob dabei einige Anknüpfungsmöglichkeiten für kulturwissenschaftlich orientierte Zugänge heraus. Die Kleinstadt als „Zwischenort“ zwischen Dorf einerseits, Stadt, Großstadt, Metropole andererseits, als „locus“ und „focus“ von Forschungsfragen, ihre äußere Geschichte – durch Standortfaktoren und Urbanitätskriterien bestimmt – und ihre innere Geschichte – durch Selbstverständnis und politische Kultur, Wahrnehmungen und konkrete Erfahrungen bestimmt – sowie größere Kontexte der Einbindung waren die Leitlinien für die zusammenfassenden und ausblickenden Punkte, welche die Überleitung zur Schlussdiskussion bildeten. Hier wurden nochmals Kommentare und Desiderate formuliert, darunter: ein stärker vom Land auf die Kleinstadt gerichteter und weniger dominant von der Großstadt her gedachter Blick, die Hinwendung zu Fragen der politischen Kultur und des Mobilisierungspotentials, auf die wenn auch mit Schwierigkeiten der Quellengrundlage verbundene innere Geschichte und die inneren Prozesse, auf die Bedeutung der Familie und diverser kultureller Initiativen. Neu war aus der Tradition des Arbeitskreises die Konzentration dieser Arbeitstagung auf einen relativ kurzen Zeitraum, das Abdecken größerer Räume und Spezialstudien als Ausgangspunkt für die Erschließung des Themas. Die Beiträge werden in einem Band veröffentlicht. Die nächste Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung wird unter der Leitung von

Bernd Roeck in Zürich stattfinden und dem Thema der Ikonographie der Stadt gewidmet sein.

Auf den offiziellen Teil folgte eine Exkursion in das nahe gelegene Kloster Maulbronn. Damit schloss auch der informelle Rahmen der Tagung, der mit einer Stadtführung durch Mühlacker begonnen hatte. Die engagierte Vorbereitung auf organisatorischer und inhaltlich-konzeptioneller Ebene durch Marlis Lippik und Clemens Zimmermann hat den Referenten/innen und Moderatoren wie dem Publikum eine inspirierende Veranstaltung beschert.

Dr. Margareth Lanzinger